

# Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Donnerstag, den 30. März 1882.

Nr. 151.

## Deutschland.

Berlin, 29. März. Der Empfang des Großfürsten Wladimir in Wien war seitens des österreichischen Kaiserhauses ein ungemein herzlicher und die dortigen Offiziere geben sich auch Mühe, diesen Umstand kräftigst hervorzuheben. In fast demonstrativer Weise will man darthun, daß die Beziehungen zwischen den Höfen von Wien und St. Petersburg nach wie vor die freundschaftlichsten sind. Daran hat man nun allerdings auch bisher nicht gezweifelt, sondern man befürchtete bloß, daß die panslawistischen Hegeorien, trotz der Freundschaft der Kaiserhöfe, die Dinge zum Äußersten treiben würden. In neuester Zeit ist darin bekanntlich eine Wendung zum Besseren eingetreten. Die russischen Blätter sind wohl nur gegen Deutschland etwas freundlicher geworden, während sie gegen Oesterreich noch immer ziemlich stark agitieren, aber verschiedene offizielle und offiziöse Kundgebungen haben auch den Wunsch Rußlands betont, den Frieden zu erhalten, und es ist in Petersburg sehr wohl bekannt, daß man auch gegen Oesterreich friedlich sein muß, wenn man es gegen Deutschland sein will. Der Wiener Aufenthalt des Großfürsten Wladimir ist denn auch jedenfalls als ein weiteres friedliches Symptom zu registrieren. Wir legen kein großes Gewicht darauf, daß man von Wien aus offiziös bespricht, der Bruder des Zaren habe keine „politische Mission“. Diese Bezeichnung ist sehr dehnbar, und in der Form, wie man einem Diplomaten eine „Mission“ überträgt, wird der Großfürst allerdings keine haben. Daß er aber in Wien auch politische Gespräche führt, erscheint uns zweifellos, und das Handschreiben, welches er, wie das „B. Z.“ zuerst gemeldet und wie seither vielfach bestätigt wurde, vom Zaren dem Kaiser Franz Josef überbracht hat, mag wohl die Grundlage oder doch den Ausgangspunkt für die politischen Erörterungen gebildet haben. Aus russischen Kreisen wird dem „B. Z.“ geschrieben, man habe Grund, anzunehmen, daß Kaiser Alexander in seinem Handschreiben unter Anderem auch den Wunsch ausgedrückt habe, seinen „Freund und Bruder“ wieder einmal persönlich begrüßen zu können. Dies bestätigt unsere neuliche Meldung, daß die Eventualität einer österreichisch-russischen Monarchen-Entrevue in Frage stehe. Ob dieselbe wirklich zu Stande kommen wird, ist freilich eine andere Frage. Die officiösen Ablehnungen dieser ganzen Angelegenheit haben keinen Werth. Man weiß ja, daß dergleichen Dinge sehr geheim geführt und häufig sogar ganz über die Köpfe der Aemter hinweg besprochen werden. Jedenfalls ist der Wiener Aufenthalt des Großfürsten Wladimir ein politisches Ereigniß, das Beachtung verdient und dem man, wie die Sachen im Augenblicke stehen, erfreu-

licher Weise nur einen friedlichen Charakter beilegen kann.

— Im Abgeordnetenhaus wird erwartet, daß die konservativ-kerikale Mehrheit über den fortschrittlichen Antrag betreffs des Welfenfonds zur einfachen Tagesordnung übergehen wird.

— Der perfekt gewordene Kompromiß zwischen den Konservativen und dem Zentrum liegt heute in einem Antrag der Abgg. v. Rauchhaupt und Gen. vor. Danach soll die Kirchenvorlage folgende Gestalt erhalten: Die diskretionären Vollmachten des Zulagegesetzes von 1880, betreffend den Dispens vom Eide der Bischofsverweiser, die Vollmacht zur Aufhebung der kommunalrechtlichen Vermögensverwaltung und zur Aufhebung des Sperrgesetzes in gewissen Sprengeln sind bis zum 1. April 1883 zu verlängern. Dann folgen die Artikel 2, 3 und 3a der Vorlage betreffend die Bischöfe, die Dispensen betreffs der Vorbildung, die Aufhebung des Kulturexamens und die Beseitigung des Instituts der Staatspfarrer. Es fallen also fort die von der Regierung so lebhaft vertretenen Artikel 4 und 5 betreffs des Einspruchsrechts. Für dieses Kompromiß ist die Mehrheit gesichert, da für daselbe Konservative, Zentrum und Polen stimmen. In parlamentarischen Kreisen verläutet, daß dieses Kompromiß unter Mitwissen des Kultusministers zum Abschluß gelangt ist, und die Regierung daselbe daher schließlich dem Herrenhause zur Annahme empfehlen werde.

Die Genehmigung des Kompromisses ist, wie man berichtet, beim Reichskanzler in Friedrichsruh beantragt worden. Der konservative Antrag ist ein Amendement zur Regierungsvorlage, welcher für die zweite Lesung als Basis dienen muß, da positive Kommissionsbeschlüsse nicht vorliegen. Der Antrag Windthorst, die zweite Lesung der Kirchenvorlage schon auf die morgige Tagesordnung zu setzen, wird lebhaften Widersprüchen der linken Seite begegnet.

— Zur parlamentarischen Geschäftslage äußert die „Provinzial-Korrespondenz“ sich in folgender Weise:

Das Abgeordnetenhaus wird vor Ostern nur noch wenige Sitzungen haben und nach den jetzigen Bestimmungen möglichst bald nach Ostern (Mitte April) zur Erledigung der dringenden Vorlagen wieder zusammentreten.

Der Reichstag wird erst Ende April oder Anfang Mai einberufen werden, sobald die für denselben bestimmten Vorlagen ganz oder theilweise zum Abschluß gelangt sind. Ein gleichzeitiges Tagendes Landtages wird während einiger Zeit unvermeidlich sein.

Skulptur und Malerei; ganz besonders aber entzückte ihn gute, deutsche Musik, die ihm bisher ziemlich fremd geblieben war.

Welch' gewaltiger Unterschied war zwischen den leichten, französischen Melodien, welche bestridend auf die Sinne wirkten, und den ernsten Klängen einer Symphonie des unsterblichen Meisters, oder den weichen, innigen Tönen eines einfachen, deutschen Liedes, welches, von Herzen kommend, auch einem fühlenden Herzen nahe gehen mußte!

Voll Begeisterung konnte der junge Mann sich den Entwürfen der hohen Töne hingeben, welche die Seiten seines tiefinnersten Gefühls leise erklingen ließ; ein wonniges Ahnen unsagbaren Glückes zog dann durch sein Gemüth, und erhellte dies blasse, edle Antlitz, welches gar manches schöne Augenpaar verstohlen mit einem bewundernden Blick streifte.

Nachdem unsere Gesellschaft im glücklichen Verein gemeinsam in den Genüssen geschwelgt hatte, welche sich ihr darbieten, wurde als Endziel der Reise ein mehrwöchentlicher Aufenthalt in dem herrlichen Wiesbaden gewählt. Von dort aus sollte sich Eberhard auf seinen neuen Posten begeben, und Marquis de Lorme mit seiner Gemahlin in die Heimath zurückkehren.

Das Hotel „Zu den vier Jahreszeiten“, mit seiner prächtigen Aussicht auf die Hauptpromenade und den leise plätschernden Springbrunnen, nahm die Reisenden auf. Vom Balken herab saßen sie dem bunten Treiben der Badegesellschaft zu, welche in eleganter Toilette, theils zu Fuß, theils nachlässig in der Equipage zurückgelehnt, sich die breite Allee entlang bewegte, welche nach dem am Rhein gelegenen, schönen Schlosse von Bieberich führte.

— Zum Antrage Dirichlet, wonach die Revenuen aus dem Welfenfonds dem Kapitalvermögen des Königs Georg zugeschlagen und nicht zu anderen Zwecken verwendet werden dürfen, hat der Abg. v. Bennigsen folgende motivirte Tagesordnung eingebracht:

„In der Erwartung, daß in nicht zu ferner Zeit die politischen Verhältnisse eine Aufhebung der königlichen Verordnung vom 2. März 1868, betreffend die Beschlagnahme des Vermögens des Königs Georg gestatten werden, und in der Erwägung, daß bis zu diesem Zeitpunkte eine Abänderung der gedachten Verordnung in einzelnen Punkten nicht angemessen erscheint, — in der Zwischenzeit aber die Verantwortlichkeit für die Verwaltung des fequestrirten Vermögens und für die Verwendung der Revenuen desselben der königl. Staatsregierung zu überlassen ist — über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen.“

Der Antrag ist von 17 Mitgliedern der nationalliberalen Fraktion, darunter die hannoverschen Abgg. Götting, Hornemann, Dr. Köhler, Schiebler und Werfler unterzeichnet.

— Der hiesige Rabbiner und Seminardirektor Dr. J. Silbesheimer hat an sämtliche Rabbinate und jüdische Gemeindevorstände Druckschriften versandt, in welchen er zu Sammlungen für die aus Rußland vertriebenen resp. auswandernden Juden auffordert. Insbesondere regt derselbe dazu an, um die Geldbeiträge für die direkten Zwecke der Auswanderung flüssig zu erhalten, allerorts in Deutschland Sammelstellen für getragene Kleidungsstücke und andere Effekten zu errichten.

— Zu dem aus Anlaß des Geburtstages unseres Kaisers zwischen Sr. Majestät und dem Kaiser Alexander III. stattgefundenen Austausch freundschaftlicher Versicherungen bemerkt die „Prov.-Korr.“, derselbe beweise, daß das Band, welches die beiden Herrscherhäuser verbindet, in alter Innigkeit besteht, und er werde dazu beitragen, die Befürchtungen, welche seit einiger Zeit in der öffentlichen Meinung durch Aeußerungen von unbefugter und unbesonnenen Stellen erzeugt waren, zu beschwichtigen.

— Der Kongreß der Vereinigten Staaten hat vor Kurzem den Gesetzentwurf, durch welchen den Mormonen die Vielweiberei verboten wird, angenommen und Präsident Arthur das Gesetz genehmigt. Man ist nun gespannt darauf, welchen Schritt die Heiligen der letzten Tage (Latter day Saints) unternehmen werden, um sich dem Gesetz der Union zu entziehen. Mittlerweile wird ein seltsames Gerücht verbreitet, dessen Urheber, ein sogenannter Josephite, ein Mormone von der wahren, durch Joseph Smith begründeten Kirche behauptet, Brigham Young, der Prophet des Mormonenthums,

welcher vor einigen Jahren gestorben sein sollte, sei nicht todt, sondern halte sich verborgen. Er habe das Gerücht von seinem Tode verbreitet und den Leichnam eines ihm ähnlich sehenden Mormonen für den seinen ausgegeben und feierlich zur letzten Ruhe bestatten lassen, — um zur gelegenen Zeit die Welt durch seine „Auferstehung“ in Erstaunen zu setzen und die, welche jetzt den Kreuzzug gegen den Mormonenstaat in Utah predigen, mit Angst und Schrecken zu erfüllen, sowie die Gläubigen mit heiliger Kampfesgluth gegen ihre Bedränger zu entflammen. Wie jetzt von verschiedenen Seiten bestätigt wird, sind, als die Kunde von Brigham Youngs Ableben verbreitet wurde, selbst am Salzsee Zweifel an der Wahrheit dieser Nachricht laut geworden. Der Prophet hat selbst mehrfach seine Wiederkehr verkündet und es wäre seiner ganzen Vergangenheit nach nicht unwahrscheinlich, daß Brigham Young eine solche Komödie geplant hat.

## Ausland.

Konstantinopel, 20. März. Ueber die Frage der russischen Kriegsentzähigung giebt der „Evant Herald“ folgende Darstellung:

Wie bekannt, hatte vor einigen Wochen die Pforte mit den russischen Bevollmächtigten über die Bürgschaftsfrage ein Abkommen getroffen. Im Palast befriedigte jedoch dieser Vertrag nicht; da der Sultan nun voraussetzte, daß die Pforte den russischen Geschäftsträgern alles abgerungen habe, was diese überhaupt zugestehen berechtigt waren, so wandte er sich direkt an Schakir Pascha, den türkischen Botschafter in Petersburg, um durch dessen Vermittelung die russische Regierung zu einigen Zugeständnissen zu bewegen. Dies gelang Schakir Pascha vollständig. Nach dem neuen Abkommen sollten die für die russische Kriegsentzähigung bestimmten Einnahmen in der kaiserlich-ottomanischen Bank zusammenfließen und von dieser an die Abgeordneten der russischen Bank abgeführt werden; sollten Unregelmäßigkeiten in dem Eingehen der betreffenden Einnahmen vorkommen, so sollte das türkische Finanzministerium die Verpflichtung haben, Abhülfe zu schaffen; eine direkte Einmischung russischer Beamten in innertürkische Angelegenheiten war damit vermieden. Dieses Abkommen zwischen Petersburg und Palast wandert nun auf die Pforte und erregte dort — man höre und staune — einen Sturm patriotischer Entrüstung. Welche Punkte das Nationalgefühl des Kabinetts verletzten, vermag der „Evant Herald“ anzugeben; seine Darstellung bestätigt also, daß durch das persönliche, zielbewußte Regiment des Sultans Abdul Hamid eine Spannung zwischen Pforte und Palast hervorgerufen ist.

denn Eberhard hörte noch das Rauschen eines seidnen Gewandes, ehe er seinen Laufschersposten verlassen hatte. Entzückt murmelte er vor sich: „Juliette! Juliette!“ Der zweite Name seiner theuren, tief vertrauten Mutter hatte ihn wunderbar berührt. Wer war diese Juliette, welche sich mit so reinem Accent in seiner Muttersprache ausdrückte, und doch das deutsche Lied mit so tiefgefühltem, feellenvollem Ausdruck vortragen konnte?

Auf sein Befragen erfuhr er von seinem Diener, daß der anstoßende Salon von einem Franzosen und seiner Tochter bewohnt sei, doch wußte derselbe nichts Näheres über die Fremden. Eberhard beschloß, weitere Erkundigungen selbst einzuziehen.

Der Abend versammelte einen Theil der Gäste des Hotels in dem großen Speisesaal; auch der Marquis schlug vor, sich dorthin zu begeben, und nahm an einem Ende der Tafel Platz. — Einer der Nebentische war von einem älteren Herrn in Besatz genommen; die stramme, gerade Haltung, das mit dem Bande der Ehrenlegion geschmückte Knopfloch ließen den alten Militär in ihm erkennen. Beim Eintritt der Fremden hatte er den Kopf erhoben und den Marquis fixirt; dann trat er mit jugendlicher Lebendigkeit auf de Lorme zu und rief: „Armand, bist Du es, oder bist Du es nicht? kennst Du mich nicht, kennst Du Deinen Freund und Waffenbruder, Georges de Merveilleur nicht wieder?“ und die alten Freunde sanken sich in die Arme, beglückt, nach so vielen Jahren der Trennung auf so unerwartete Weise sich wiedergefunden zu haben.

(Fortsetzung folgt.)

## Genilleton.

### Die Meerfrau.

Erzählung von A. von Neuenburg.

(Fortsetzung.)

Als er das richtige Alter erreicht hatte, hielt er es für seine Pflicht, ihm die ererbten Papiere einzuhändigen und von seinen traurigen Familien-Verhältnissen Mittheilung zu machen, bemerkte aber voll Schmerz, welch schrecklichen Eindruck diese Nachricht auf das leicht empfängliche, unverdorrene Gemüth des jungen Mannes machte, in dessen dunklen Augen ein leiser Zug von Melancholie sich fortan festzusetzen schien. — Erschreckt beschloß der kluge Mann, dem Uebel bei guter Zeit entgegen zu treten. Durch seine weitverzweigten Verbindungen gelang es ihm bald, für Eberhard eine Anstellung als Attaché bei einer Gesandtschaft zu erlangen, welche an einem der kleineren deutschen Höfe ihren Sitz hatte. Vorher ward eine längere Reise durch Deutschland geplant, in Begleitung der geliebten Pflügereltern. Der junge Graf sollte sich auf dieser Tour die deutsche Sprache ganz zu eigen machen, bevor er in seinen neuen Wirkungskreis eintrat.

Dieser Plan kam in Ausführung.

Der reiche Marquis, welcher die Seinen mit allem Komfort umgeben konnte, machte es sich zum besonderen Vergnügen, sie in die bedeutendsten Städte Deutschlands zu führen, und ihnen dort alle Kunstschätze zu zeigen, welche sich in so reichem Maße dem Aug' und Ohr darbieten. Eberhard hatte ein feines Verständniß für die herrlichen Werke der



## Provinzielles.

Stettin, 30. März. Die Tagesordnung der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten zu Grabow hat mehrere größere Vorlagen und entfaltet sich in Folge dessen die Debatte lebhafter als gewöhnlich. Die erste Vorlage betraf den Bescheid des Stettiner Magistrats auf das Gesuch des Grabower Magistrats, der Stadt Grabow den Anschluß an die Stettiner Wasserleitung zu genehmigen. Bekanntlich war für Grabow die Errichtung von Kanalisation in Aussicht genommen, doch wurde davon Abstand genommen, weil die nötige Wasserversorgung fehlt. Der Magistrat wandte sich deshalb an den Stettiner Magistrat mit dem Gesuch, den Anschluß an die Stettiner Wasserleitung zu genehmigen. Daraus ist die Antwort eingegangen, daß vor Vollendung der für die Stettiner Wasserleitung in Aussicht genommenen Vergrößerung außerhalb des Stettiner Stadtbezirks kein Wasser abgegeben werden kann. Auf Grund dieses Bescheides beabsichtigt der Magistrat zu Grabow, die Sache für ein Jahr ruhen zu lassen und sich dann aufs Neue mit dem Gesuch an die Stadt Stettin zu wenden.

Der nächste Gegenstand betraf eine Vorlage, betr. der Anlage einer Gasanstalt für Grabow. Die Anregung zu dieser Vorlage ging von Herrn Stadtrat Neimarus aus und war derselbe auch als Vertreter des Magistrats anwesend, um die Vorlage zu befürworten. Zunächst sollte sich die Versammlung nur im Prinzip für Errichtung einer Gasanstalt aussprechen, durch welche für die Stadt vermehrte Einnahmen und eine Verbesserung der Kommunaleinrichtungen erhofft wird. Ein Redner hielt es nicht mehr für zeitgemäß, jetzt noch Gasanstalten zu errichten, wo die elektrische Beleuchtung schon so weit vorgeschritten sei.

Herr Veringeureur Breunhausen trat diesem Bedenken entgegen. Es sei auch nur die Errichtung einer Anstalt in Aussicht genommen, wenn die Rentabilität gesichert sei, es könne daher keinem Bedenken unterliegen, daß sich die Versammlung im Prinzip für die Errichtung ausspreche.

Herr Stadtrat Neimarus tritt gleichfalls der Ansicht entgegen, daß die Konkurrenz des elektrischen Lichts zu fürchten sei, daßelbe würde wohl dort angewendet werden, wo große Lichteffekte erzielt werden sollen, z. B. auf den Plätzen einer großen Stadt, aber nicht da, wo nur auf die notwendige Beleuchtung Rücksicht genommen werden soll. Redner geht sodann auf die allgemeinen Grundzüge des Projektes näher ein. Die Stadt Grabow sei gezwungen, auf vermehrte Einnahmen Bedacht zu nehmen und auf eine vermehrte Einnahme sei nach Errichtung der Gasanstalt sicher zu rechnen, wenn auf Anlage von mindestens 2000 Flammen durch Privats zu rechnen sei. In Stettin bringe die Gasanstalt einen Nutzen von 100 Prozent und wenn auch nicht darauf zu rechnen ist, daß Grabow so billig produzieren kann als Stettin, weil eine kleine Anstalt stets in Anlage- und Betriebskosten theurer wird als eine größere, so sei doch noch eine erhebliche Einnahme zu erwarten, selbst wenn Grabow das Gas noch billiger abgibt als Stettin. Es würde sicher eine bessere Beleuchtung erzielt werden außer dem noch die Linsen der Amortisationsquote einnehmen. Nach einem ungefähren Ueberschlag würden die Anlagekosten der Anstalt mit Grund und Boden 200,000 M. betragen. Die jährlichen Einnahmen seien auf 29,100 Mark zu veranschlagen, denen 25,180 M. Ausgaben gegenüber stehen würden, so daß sich immer noch ein Gewinn von mehr als 3000 M. ergebe. Als Ausgabe sind dabei die Kosten für das Material, für die Beamten und Arbeiter, für die Reinigungsmasse und die Abnutzung der Retorten berechnet, während bei der Einnahme nur 2000 Flammen von Privaten und außerdem der Selbstkostenpreis für 193 städtische Flammen berechnet sei. Dagegen ist die Einnahme für Gas, welches zu technischen Zwecken verwendet werde, nicht berücksichtigt. Was den Platz betreffe, wo die Anstalt zu errichten sei, so werde dazu stets die niedrigste belegene Stelle einer Stadt bevorzugt, für Grabow müsse sie also am Wasser angelegt werden. Dies ergebe noch den Vorteil, daß die Zufuhr von Kohlen sehr bequem und sich sehr bedeutend billiger stellen würde als z. B. in Stettin. Zunächst werde beabsichtigt, die Abfuhrleitung nur dort zu legen, wo auf Absatz von Gas zu rechnen sei, also in den gepflasterten Straßen, und wäre das eine Abfuhrleistung von 6400 Mtr. Gesamtlänge nötig und sind die Herstellungskosten für den laufenden Meter inkl. der Randalober auf 10 M. veranschlagt.

Die Versammlung erklärt sich mit der Errichtung einer Gasanstalt im Prinzip einverstanden und beschließt, daß eine gemischte Kommission gewählt werde, welche sich mit Ausföhrung eines passenden Terrains, Prüfung der Kostenanschläge, Berechnung der Rentabilität, Beschaffung der Gelder und der Privatabnehmer für Gas beschäftigen soll. Seitens der Versammlung werden in diese Kommission die Herren Fabrikbesitzer Aron und Oeringeureur Breunhausen gewählt.

Ein Gesuch der vier Polizei-Sergeanten um Erhöhung der Uniformgelber wird abgelehnt und die Vergebung der Straßen-Beleuchtung für die Zeit vom 1. Mai 1882 bis dahin 1883 an den Gefängnis Inspektor Sternberg gegen Zahlung von 2 1/4 Pf. pro Stunde und Flamme (gegen 2 1/2 Pf. im Vorjahr) wird genehmigt. Von einer Petition des Magistrats an den Landtag, betreffend Heranziehung der königlichen Beamten zur Klassensteuer, wird Kenntnis genommen.

Eine sehr lebhaft debattierte die Vorlage betreffend Zahlung einer Entschädigung von 75 M. an den Kunstgärtner Albrecht. Dieselbe Vorlage beschäftigte die Versammlung bereits in letzter Sitzung. Auf Verfügung der königlichen Re-

gierung war durch die Polizeibehörde auf dem Heinsberg'schen Grundstück in der Gieselerstraße im November v. J. ein Graben gelegt worden und hierbei dem Kunstgärtner Albrecht, der Pächter dieses Theils des Grundstücks war, verschiedene Ziersträucher sowie Frühbeete zerstört worden. Der Schaden ist auf 75 M. taxirt worden und beantragte der Magistrat, diese Summe zu bewilligen. Da die Versammlung von der ganzen Graben-Angelegenheit keine Kenntnis erhalten hatte, wurde in letzter Sitzung beschlossen, den Magistrat um Aufklärung zu ersuchen. Diesem Gesuch ist der Magistrat nicht nachgekommen, er hat vielmehr der Versammlung nur ein Erkenntnis eingesandt, welches erst nach der letzten Sitzung rechtskräftig geworden ist, also zur Aufklärung der Sache keineswegs dient. Herr Schmidt, welcher über die Vorlage referirt, hält das Verhalten des Magistrats in dieser Sache durchaus nicht für gerechtfertigt, derselbe wäre verpflichtet gewesen, der Versammlung schon Mittheilung von der Sache zu machen, als die Verhandlungen mit dem Besitzer des Grundstücks schwebten, aber der Versammlung ist nicht das geringste mitgeteilt worden; erst jetzt, nachdem ohne Wissen der Versammlung ein Graben aufgeworfen ist, kommt der Magistrat und verlangt Geld, ohne auch jetzt noch sein Verhalten in dieser Sache zu motiviren. Der Referent kommt schließlich zu dem Antrag, die Bewilligung der Entschädigungssumme abzulehnen, event. eine Kommission zu wählen, welche sämtliche in dieser Sache vorhandenen Akten einer Durchsicht unterziehen soll.

Herr Stadtrat Neimarus sucht das Verhalten des Magistrats zu verteidigen. Die Besitzer in jener Gegend hätten über den Zustand des dortigen Grabens schon seit Jahren Klagen geführt und sich deshalb mit Beschwerden an die Regierung gewandt, bis schließlich die letztere den Magistrat aufforderte, dem Uebelstand abzuhelfen. Dagegen sind von dem Magistrat Einwendungen gemacht, die keine Berücksichtigung fanden. Im Mai v. J. war bereits die Polizei aufgefordert, einen Abzugsgraben auf dem betreffenden Grundstück herzustellen, mit Rücksicht auf die Einwendungen, welche der Magistrat gemacht hatte, wurde die Ausführung jedoch verschoben und erst im November zur Vollendung gebracht. Der Magistrat habe aber in der ganzen Angelegenheit keineswegs leichtfertig gehandelt.

Herr Hoffmann erwidert, daß der Magistrat jedenfalls eine große Geheimniskammer bei der Sache entfaltet und Jeder mühe zu der Ueberzeugung kommen, daß bei der Sache etwas „faul“ sei. Es handelte sich dabei um Geldausgaben und wie es jetzt den Anschein hat, um sehr große Ausgaben, es war daher Pflicht des Magistrats, die Versammlung von den Verhandlungen in Kenntnis zu setzen. In letzter Sitzung hätten die Stadtverordneten sodann Aufklärung verlangt und auch dann sei der Magistrat diesem Verlangen nicht nachgekommen, er suchte vielmehr die Versammlung mit einem Erkenntnis neueren Datums abzuspisen, welches nicht die geringste Aufklärung böte.

Nachdem noch die Herren Schmidt, Dittmer und Stadtrat Neimarus das Wort ergriffen, wird beschlossen, die Akten über die Sache von dem Magistrat einzufordern, da die Aufklärung durch das Erkenntnis nicht genügend. (Ueber die ganze Graben-Angelegenheit schweben in Grabow die verschiedensten Gerüchte und bei uns sind schon von verschiedenen Seiten darüber Berichte mit der Bitte um Veröffentlichung eingegangen. Wir konnten dieser Bitte bisher nicht nachkommen, weil wir die Sache nicht einseitig behandeln wollten, wir sehen aber den Ergebnissen aus dem Akten-Material mit Interesse entgegen. Ann. der Red.)

Zur Prüfung der Listen der Unterstützungs- und Pflegegeld-Empfänger wird eine Kommission, bestehend aus den Herren Dittmer, Fischer, Huth und Hollborn gewählt. Nach den Listen zählt Grabow 169 Armen-Unterstützungs-Empfänger mit 363 Familiengliedern.

Auf ein Gesuch der früheren Amtsdieners Hater und Eichhorn wegen Rückzahlung ihrer Amtskautions genehmigt die Versammlung, daß erstere 250 M., letzterer 200 M. zurückgezahlt werden.

Von der Beschwerde des Magistrats gegen den neuen Tarif der Straßen-Eisenbahn nimmt die Versammlung Kenntnis. Die Angelegenheit liegt jetzt der königlichen Regierung zur Entscheidung vor.

Mit der Umwandlung der 5proz. Grabower Stadt Obligationen in ein 4proz. Amortisations-Darlehen erklärt sich die Versammlung im Prinzip einverstanden.

Zur Reparatur der Langenstraße zwischen der Neuen- und der Heinrichstraße werden 150 M. bewilligt. Bei dieser Gelegenheit spricht Hr. Schmidt den Wunsch aus, daß auch auf Herstellung des Fußsteiges in diesem Straßentheile Rücksicht genommen werde.

Damit ist die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung erledigt.

Kürzlich brachten wir eine Notiz, nach welcher 2 Schornsteinfeger als mit der Trichinose befallen in das Krankenhaus aufgenommen worden waren, von den Anstaltsärzten die Krankheit jedoch nicht als Trichinose, sondern als Unterleibs-Typhus erklärt worden sei. Inzwischen ist am Sonntag auch der zweite Kranke verstorben und hat heute Morgen auf Veranlassung der königlichen Staats-anwaltschaft eine gerichtliche Obduktion der Leiche stattgefunden und diese hat zweifellos ergeben, daß Trichinenkrankheit vorlag. Die Leiche war von Muskel- und Darm-Trichinen völlig durchsetzt. Es wird nun Untersuchung eingeleitet, wer an der

Unglückhaften Untersuchung des Fleisches, von dem die beiden Verstorbenen genossen, die Schuld trägt. Erwießen ist, daß dasselbe von einem Fleischer in der Unterstadt gekauft war, der es wiederum von einem Greifswalder Fleischer gekauft haben will.

Ein Fuhrmann und ein Hausbesitzer aus Misdroy kamen vorgestern Abend in Stettin an; am Vollenberg gefellte sich der Bäckergehilfe Karl Wittenberg und der Schlichtergehilfe Otto Lange und ein dritter Unbekannter zu ihnen und W. äußerte, er wäre ein Auswanderer aus Stolp, der sich nach Amerika begeben wollte und hier ganz unbekannt war. Die beiden Misdroyer wurden darauf in die Wohnung der Frau Bäcker Schwaib, Krautmarkt 5, gelockt und dort begann W. und L. „spasweise“ Rummelblättchen zu spielen. Der Fuhrmann ließ sich auch zureden und setzte 100 Mark, welche Lange an sich nahm und nebst seinen beiden Begleitern sofort damit entließ. Lange und Wittenberg, die als Bauernfänger hieselbst bekannt sind, wurden gestern Abend ermittelt und in Haft gebracht.

Der Postdampfer „Habsburg“, Kapt. J. Simbeck, vom Norddeutschen Lloyd in Bremen, welcher am 12. März von Bremen abgegangen war, ist am 27. März wohlbehalten in Newyork angekommen.

Auf das am Freitag Abend im Succow'schen Saale stattfindende Konzert der Herren Gebr. Fabian wollen wir noch besonders hinweisen. Da der Ertrag einem wohltätigen Zweck zufallen soll und der Violinist Herr Georg Fabian, welcher sich durch sein Spiel bei Wohlthätigkeitskonzerten in Vereinen und in Gesellschaften bereits vortrefflich eingeführt hat, Stettin zu Ostern verläßt, wäre ihm eine dankbare Beachtung und somit ein zahlreicher Besuch des Konzerts zu wünschen.

Die Geographische Gesellschaft in Greifswald, die sich erst kürzlich unter dem Vorsitz des Professors Dr. Rudolf Credner gebildet hat, zählt bereits nahezu 150 Mitglieder und hat eine Erweiterung über die Provinz Pommern ins Auge gefaßt. Es wäre zu wünschen, daß unsere Stadt, die eine selbstständige geographische Gesellschaft zu bilden nicht im Stande war, sich wenigstens durch zahlreiche Vertreter recht eng an Greifswald anschließen möchte.

Wir brachten kürzlich nach Berliner Blättern die Mittheilung, daß vom Stettiner Zollamt dem Berliner botanischen Museum Blüthen der Basilica latifolia zugestellt worden seien, mit dem Ersuchen, der Stettiner Behörde mitzutheilen, zu welchen Zwecken diese Blüthen, die in großen Quantitäten importirt würden, Verwendung finden. Die Direktion des Museums habe sofort erkannt, daß die eingesendete Basilica jene Blüthe sei, welche vielfach zur Weinfälschung resp. Kunstweinfabrikation angewendet sei. Trotzdem sei der Artikel nicht konfisziert, wohl aber beiseite genommen, zumal der Import dieser Blüthe auf Tausende von Zentnern pro Jahr geschätzt wird. — Alle diese Angaben sind, wie der „Trib.“ nunmehr von kompetentester Seite mitgeteilt und durch das königl. Haupt-Steueramt in Stettin bestätigt wird, gänzlich unbegründet.

Das von der „Akademie für Kunstgesang“ (Direktor Kabisch) gestern zum Besten des Frauen-Vereins für verschämte Arme in der Abendhalle unter Mitwirkung geschäftiger Kräfte veranstaltete Konzert nahm einen erwünschten Verlauf. Gut besucht, hat es seinen materiellen Zweck erreicht und auf der andern Seite auch reiche Anerkennung der gebotenen Gaben gefunden. Besonders freundlicher Aufnahme erfreuten sich die Sängerin von „Trene Liebe“ von Brahms wie die der Nummern 6a und b „Einen Brief soll ich schreiben“ von Jasasohn und „Frühlingszeit“ von Becker. Eine Schülerin des Musiklehrers Herrn Mathias, Fräulein Margarethe Kaepler, erwies sich in der Halberstädter Fantasie (op. 52) über „Die Stumme“ als sehr gewandte und ausdrucksvolle Spielerin, wogegen sie die Begleitung der Geige in der Gadeschen Sonate für Piano und Violine etwas zu ausdruckslos ausführte, worunter Herr Direktor Wild merklich zu leiden hatte. Größten Beifall fand wiederum das von uns gelegentlich des letzten Konzerts belobte Werk Reineckes „Die wilden Schwäne“.

Die kgl. preuss. Kammerfängerin, Fräulein Lilli Lehmann vom Hofopertheater in Berlin, hat gestern im glänzend besuchten Stadttheater als „Carmen“ eine enthusiastische Aufnahme gefunden. Sie statte ihre Rolle mit einer Reihe fesselnder, ja berausender Züge aus und erzielte durch ihre prächtigen, den wüthigsten, dämonischen Charakter hinreichend andeutende Darstellung und ihre umfangreiche, äußerst klangvolle und vornehmlich ausgeglichene Stimme einen nach jedem Aktzuschuß in dreimaligen Hervorrufen sich kundgebenden eminenten Erfolg. Die übrigen Darsteller leisteten recht Erfreuliches.

Gestern Vormittag 10 Uhr fand in der Friedrich-Wilhelms-Schule in einer besonderen Feier die Entlassung der Abiturienten statt. Bei derselben sprachen: der Primaner Sperling, englisch, über Wilhelm Herchel, der Primaner Triest, französisch, über Buffon und der Abiturient Polis, deutsch, über die Wichtigkeit der Naturwissenschaften für das Leben. Das diesjährige Osterprogramm der Friedrich-Wilhelms-Schule enthält nur Schulnachrichten vom Direktor Dr. Kleinjörge. Denselben entnehmen wir, daß die Schülerzahl zu Ostern und Michaelis 1881 je 619 betrug und das Abiturientenexamen zu Michaelis 1881 4 Schüler und zu Ostern 1882 10 Schüler bestanden. Dem verunglückten See-ladetten Franz Crépin, der von der Vorklasse an bis zum Ostern 1881 bestandenen Abiturienten-examen der Anstalt als Schüler angehörte, wird

in dem Programm ein ehrenvoller Nachruf gewidmet.

## Kunst und Literatur.

Theater für heute Stadttheater: „Der Jourfix.“ Lustsp. 4 Akten. Bellevue: „Die Hochzeit des Figaro.“ Oper 4 Akten.

## Vermischtes.

Frau Gräfin Guillaume Schack, die bei ihrem Vortrag in Darmstadt bekanntlich von der Polizei unterbrochen und am Weiterreden verhindert wurde, ja, nachträglich sogar wegen groben Unfugs vor Gericht gefordert wird, erläßt folgenden Protest gegen die ihr widerfabrene Behandlungsweise: „Gegen die Schließung meines Vortrages durch die Polizei protestire ich im Namen des Britisch-kontinentalen und Allgemeinen Bundes und im Namen der deutschen Frau. Ich protestire im Namen des Bundes, weil seine Bestrebungen streng auf dem Boden des Gesetzes stehen. Es ist eine freiwillige Theilnahme edler und bedeutender Männer und Frauen an der Lösung einer der schwierigsten Fragen der Gegenwart, die aus der Welt zu schaffen der Polizeigewalt allein niemals gelingen kann. Die Polizei macht sich selbst ihre Arbeit schwer, wenn sie eine solche Unterstützung zurückweist. Den Statuten des Bundes gemäß greift der Bund weder Persönlichkeiten noch die Formen der Regierung an und hält sich unabhängig von jeder politischen Partei, jedem religiösen Bekenntnis und jeder philosophischen Schule, er basirt sein Streben, das öffentliche Wohl auf sittlichem Gebiete zu fördern, auf die allgemeine Menschenliebe und das stillschweigende Bewußtsein der Nation. Es ist unbillig, die heute bestehenden Schäden fortbestehen zu lassen, es kann aber niemals unbillig sein, dieselben aufzudecken, um sie zu heilen. Ich protestire im Namen der deutschen Frau, weil es ihre Pflicht ist, für Sitte und Ordnung einzustehen und über sie zu wachen; weil das Eheverste, was die deutsche Frau besitzt, die Familie, die Grundfeste des Staates, durch ein Uebel bedroht wird, das heute eine Ausdehnung erreicht hat, die ernstlich das Glück der Familie und die Wohlfahrt und Kraft des Volkes bedroht, und weil die heutigen Zustände, die sie selbst zum Spielball des leichtsinnigen Mannes machen, ihrer unwürdig sind. Ich weise persönlich das Verbot der Darmstädter Polizei, meinen Vortrag fortzusetzen, weil derselbe unbillig sei, als eine schwere Beleidigung zurück. Wie es eine Beleidigung ist, Jemand öffentlich zu sagen, er lebe unbillig, eine ebenso große Beleidigung ist es, öffentlich einer Frau, die ihr ganzes Leben einsetzt, um in jeder Weise für die Hebung der Sittlichkeit zu wirken, zu sagen: sie spreche unbillig. Ich kann und will nicht anders darauf antworten, als indem ich meinen Vortrag dem Druck übergebe und der öffentlichen Meinung das Urtheil überlasse. Geord. Guillaume Schack.“ Uebrigens genießt die Dame schon jetzt die Genugthuung, daß das Publikum, welches dem Vortrage beizuwohnt, eine durchaus andere Auffassung als die Darmstädter Polizei über den stillschweigenden Standpunkt der Rednerin hat. Die Gräfin Schack erhält in ihrem Hotel ununterbrochen Beweise von Sympathie, ja, wie das in ähnlichen Verhältnissen stets der Fall zu sein pflegt, die Mäßregel der Polizei hat durchaus ihren Zweck verfehlt; erst jetzt beginnt man sich eigentlich lebhaft für die Bestrebungen des Vereins zu interessieren und die Broschüren desselben finden daher reißend Absatz.

## Telegraphische Depeschen.

Wien, 29. März. Einer hiesigen Blättern aus Gravosa zugegangenen Nachricht zufolge, ist der seit längerer Zeit in Haft gehaltene serbische Archimandrit von Mostar, welcher auch den Protest gegen die Einführung des Wehrgesetzes in den okkupirten Ländern mitverfaßt hat, gestern unter Eskorte von Metkovich nach der Festung Esseg übergeführt worden.

Aus Cetinje wird gemeldet, in dem am 24. c. abgehaltenen Ministerrathe sei beschlossen worden, die Flüchtlinge aus der Crivossie in Podgoriza und Spuz, diejenigen aus der Herzegowina in Njegosch, Grabow, Njic und Belopoolje zu interniren; bislang sei die montenegrinische Grenze von 2500 bewaffneten Insurgenten überschritten worden.

Pest, 29. März. Wie die „Ungar. Post“ von kompetenter Seite erfährt, hat der ungarische Finanzminister mit dem durch die ungarische Kreditbank vertretenen Consortium ein Uebereinkommen bezüglich der Deckung des Defizits pro 1882 durch Ausgabe einer fünfprozentigen Papierrente abgeschlossen.

Dublin, 28. März. In Folge der in einem Wirthshause erfolgten Ermordung eines jungen Mannes fanden mehrere Verhaftungen statt. Der Mord wird einer geheimen politischen Gesellschaft zur Last gelegt. In der Wohnung eines der Verhafteten wurden von der Polizei viele Gewehre, Revolver, Bayonette und Patronen aufgefunden.

Petersburg, 29. März. Gegenüber den Meldungen verschiedener Blätter ist zu konstatiren, daß gar kein Regimentsfest zu Ehren Stobolew's stattgefunden hat.

Athen, 29. März. Die Kammer der Deputirten hat den Gesetzentwurf bezüglich der Gleichstellung der neuen Provinzen mit den alten hinsichtlich der Gültigkeit der Gesetze angenommen.

Tripoli, 29. März. Der Bey hat die Verfügung über die Begnadigung mehrerer aufständischer Stämme, welche ihre Unterwerfung angeboten haben, insbesondere Ali ben Kalifa's, dem Kommando der Truppen überwiesen. Es heißt, Ali ben Kalifa werde die Verzeihung erhalten, wenn er ernsthafte Bürgschaften für die Zukunft biete,